

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten frei ins Haus monatlich 2.00 Mark. Bestellungen nehmen die Postämter und die Buchhandlungen des Erzgebirges entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 33. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Anzeigenpreis: Die Rubrikensysteme 2000 Mark für 1000 Zeilen und 1000 Mark für 500 Zeilen. Sonstige Anzeigen 2.00 Mark. Kleinanzeigen 1.00 Mark. Bei größeren Abrechnungen auf Wunsch des Abnehmers.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 70

Donnerstag, den 23. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reichspräsident hat den Geheimrat Dr. Wiebels zum Botschafter in Washington ernannt.

Im Hauptauschuß des Reichstages äußerte sich der Reichsverkehrsminister Gröner ausführlich über die gegenwärtige Lage der Reichseisenbahnen und kam zu dem Schluß, daß eine 40prozentige Erhöhung der Gütertarife ab 1. April notwendig sei.

Nach einer Pariser Cabaretmeldung hat Wolcarr jetzt endgültig darauf verzichtet, nach Genoa zu gehen.

Blond George's Presse teilt mit, daß er in der ersten Wochensiege die Regierungspolitik für Genoa, wo er zwei Wochen bleiben wolle, in einer Unterhausrede entwickeln werde, um sich dann ein Vertrauensvotum geben zu lassen.

Der neue Reparationswahnwitz.

Deutschland unter Vormundschaft der Entente.

Unmittelbar vor der Verabschiedung der neuen Steuererlasse, die das deutsche Volk bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit und teilweise darüber hinaus belasten, ist die Entscheidung der Reparationskommission in Paris eingetroffen. Sie geht an Schärfe und Unerbittlichkeit, an wirtschaftlichem Unverständnis und politischer Unerschrockenheit weit über alles hinaus, was selbst Westmächten vorausgesagt hatten. Sie wirkt unheilvoll auf Deutschlands Schicksal wieder vollständig ins Ungewisse und führt inner- und außenpolitische Kräfte in den Irre, deren Verlauf und Ausgang im Augenblick niemand absehen kann. Ob unter diesen Umständen die Steuererlasse bis Ende dieser Woche, wie geplant war, beendet oder als zwecklos abgebrochen werden wird, ob die im Reichstag umlaufenden Gerüchte einer unmittelbar bevorstehenden Regierungskrise sich erfüllen werden oder nicht, darüber wird sehr bald Klarheit geschaffen werden.

Der Inhalt der neuen Forderungen der Reparationskommission zerfällt in drei verschiedene Teile. Am wenigsten Überraschung bringt der

festgestellte Zahlungsplan,

der sich im großen und ganzen an die Bestimmungen hält, die bereits in Cannes vereinbart waren. Danach sollen die Zahlungsvorschüsse des Londoner Ultimatums für das Jahr 1922 auf 720 Millionen Goldmark in Barzahlung und auf 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen herabgesetzt werden. Nach dem Londoner Ultimatum hätten wir 2 Milliarden und 26 Prozent von der Ausfuhr zu zahlen gehabt, die im letzten Jahr angeblich eine Milliarde erbracht haben. Statt dieser zusammen 3 Milliarden jährlich sollen also für 1922 nur 2175 Millionen Goldmark aufgebracht werden. Der ganze Nachschuß beträgt demnach 825 Millionen oder rund 30 Prozent. Das ist wahrhaftig keine übermäßige Milderung und sicherlich immer noch weit mehr, als Deutschland in seiner jetzigen Lage bei der fortgesetzten Geldentwertung zu leisten imstande ist. Es wird aber überdies noch ausdrücklich betont, daß diese Erleichterung hinfällig wird, falls die Deutsche Regierung oder ihre Organe bei den Sachleistungen Obstruktion treiben sollten. Die Entscheidung darüber, ob aus Obstruktion oder aus sachlicher Unmöglichkeit die Zahlungen verzögert werden, befaßt sich ebenfalls die Reparationskommission vor. Damit bleibt das Damoclesschwert unermeßlicher Ententeleistungen ständig über dem deutschen Wirtschafts- und Finanzleben schweben und bedroht nicht nur die Kreditfähigkeit und die Gesundung der deutschen Wirtschaft, sondern die Existenz des deutschen Volkes.

Schlimmer als der Zahlungsplan sind die Bestimmungen, die als

Garantien für die Durchführung dieses Planes

bezeichnet werden. Es wird nämlich in der Note der Reparationskommission behauptet, die von der Deutschen Regierung angebotenen Maßnahmen und Garantien, die in den bekannten weitgehenden Tarifserhöhungen und in den 14 neuen Steuererlassen bestehen, seien ungenügend. Die Reparationskommission fordert deshalb eine Zusatzsteuer, die eine völlige Deckung des Reichshaushaltes einschließlich der Reparationsschuld sicherstellt. Auf Grund der Nachprüfung des deutschen Reichshaushaltes kommt hierbei die Entente zu der Forderung einer Zusatzsteuer von 60 Millionen Papiermark, also zur Forderung einer Verdoppelung der bisherigen neuen Steuern.

Dabei wird aber noch verlangt, daß sich diese Zusatzsteuer automatisch einer etwa fortschreitenden deutschen Geldentwertung anpassen, und daß diese neue Steuerart bis zum 31. Mai in Kraft gesetzt werden und bis zum 31. Dezember 1922 bereits 40 Millionen Papiermark erbracht haben soll. In welcher Form diese neue Steuer auszusprechen sei, das überläßt man gütigst der Erfindungsgröße der deutschen Steuerfachverständigen; man schreibt ihnen nur vor, daß die Veranlagung möglichst einfach sein müsse, um schnell Erfolge zu haben. Von allen steuerrechtlichen Verstößen dieser Forderung abgesehen, werden sie das deutsche Wirtschafts- und Finanzleben derart belasten, daß die deutsche Valuta immer tiefer sinken und das zu bedenkliche Defizit im Reichshaushalt immer größer sein muß.

Geradezu ungeheuerlich und unannehmbar sind aber schließlich die

Kontrollmaßnahmen,

die die Reparationskommission ankündigt. Sie will durch ihren Garantieauschuß nicht nur in jedem Augenblick nachprüfen, ob die deutsche Steuererhebung den neuesten Forderungen genügt und welche Ergebnisse sie bringt, sondern sie behält sich eigene Eingriffe in die deutsche Finanzhoheit vor für den Fall, daß nach Ablauf kurz bemessener Fristen die von ihr vorgeschriebenen Maßnahmen nicht ergriffen worden sind oder sich nicht als ausreichend erwiesen haben. In diesem Falle will sie nicht nur eine Erhöhung der deutschen Einnahmen, sondern auch eine Verminderung der Ausgaben anordnen können. Das bedeutet in Wirklichkeit also die Befugnis der Reparationskommission, jederzeit von sich aus Steuern auszusprechen, Tarife zu erhöhen oder aber Minderbezahlung von Beamten und Staatsarbeitern, Entlassung von nach ihrer Ansicht überflüssigen Hilfskräften und andere einschränkende Maßnahmen zu treffen. Das geht weit über die Finanzhoheit früherer Zeiten hinaus und übertrifft an demütigender Härte selbst die Vorschriften, die sich die Türkei und andere bankrotte Staaten früher gefallen lassen mußten. Demgegenüber spielen die weiteren Forderungen, die die Kontrolle über die Ausfuhr, über den Eingang der Devisen, über die Rückkehr der nach dem Ausland geschickten Kapitalien, die Verhinderung der Kapitalflucht und die volle Unabhängigkeit der Reichsbank betreffen, eine verhältnismäßig nebensächliche Rolle. Wie zum Lohn wird schließlich noch von dem derartig geknechteten deutschen Volke eine innere deutsche Anleihe neben der Pfandleihe bis zum 30. April und der Entwurf von Bedingungen für die Auslegung einer äußeren Anleihe sowie die Berufentilgung einer Vorkriegsstatistik wirtschaftlicher und finanzieller Art gefordert. Als ob in Deutschland und im Ausland noch Finanzkräfte vorhanden wären, die nach solchen Bedingungen Geld für innere oder äußere Anleihen hergeben! Die Auswirkungen dieses neuesten Ententeplans müssen zunächst mit möglicher Ruhe und innerer Geschlossenheit abgewartet werden. Jetzt kann nur noch Einigkeit und Festigkeit vor dem Untergang retten.

Der Eindruck der Reparationsentscheidung in Berlin.

Der Auszug aus der Note der Reparationskommission, der gestern mittig in Berlin vorlag, hat im Reichstag einen geradezu deprimierenden Eindruck hervorgerufen. Eine offizielle Äußerung der Reichsregierung dürfte erst erfolgen, wenn der Wortlaut der Entscheidung, die in der Form eines Briefes an den Reichskanzler zur Mittagszeit überreicht wurde, vorliegt, und das Kabinett sich mit diesem Schreiben befaßt haben wird. Man hatte, wie von parlamentarischer Seite erklärt wird, von der Entscheidung der Reparationskommission auf das Stundungsversuchen der deutschen Regierung eine finanzielle Erleichterung erwartet. Die Entscheidung, so wie sie gefallen ist, bedeutet aber das gerade Gegenteil. Gestern nachmittag wollte das Kabinett sich mit der Entscheidung der Reparationskommission beschäftigen, ebenso die Fraktionen, wenn ihnen der Wortlaut des Schreibens an den Reichskanzler vorläge. In den Parteien wurde auch die Frage ventiliert, ob nicht angesichts der Note der Reparationskommission das Steuerkompromiß erschüttert und hinfällig geworden sei. Die außenpolitische Lage werde als außerordentlich angesehen. Über Paris kommenden Nachrichten, die von Rücktrittsdiskussionen des Kabinetts' Wirts wissen wollen, werden in den Wandelgängen des Reichstages große Bedeutung beigemessen. Auch in der Pariser Presse zeigt sich größte Bestürzung über die ungeheuerlichen Forderungen des Feindbundes. Die meisten Blätter haben sich ihre Stellungnahme zu dieser Entscheidung der Reparationskommission noch vorbehalten.

Das Echo der Berliner Presse.

Die gesamte Berliner Abendpresse ist einig im Urteil über die Unerträglichkeit und Unmöglichkeit der Forderungen der Reparationskommission.

Das Berliner Tageblatt (demokratisch) bemerkt dazu: In parlamentarischen Kreisen sieht man in der Note mit ihren Brisierungen nicht nur einen fast unerträglichen Eingriff in die gesetzgeberische Souveränität, sondern ist auch der Ansicht, daß schon durch die bisherigen Steuern die Steuerkraft des deutschen Volkes bis zu ihren äußersten Grenzen erschöpft ist. Welche Folgen die Note auf die innerpolitische Gestaltung der Verhältnisse haben wird, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Die Sozialistische Zeitung (demokratisch) schreibt unter der Ueberschrift: Das unmögliche Rezept: Die neuen Steuern im Jahresbetrage von 80 Milliarden, die die Reparationskommission verlangt, sollen indirekte, also Verbrauchs- und Verlehrssteuern sein. Natürlich ist es möglich, auf Befehl der Entente solche Steuern einzuführen, die auf dem Papier und schließlich vielleicht sogar im Papier den erwünschten Ertrag bringen. Aber gegen das Papiergeld, in dem sie ihn am Ende bringen werden, wird die Papiermark von heute noch Gelbvaluta sein.

Der Vorwärts (Soz.) äußert sich u. a. folgendermaßen: Es muß ganz klar gesagt werden: es gibt keinen Menschen in Deutschland, der den gegenwärtigen Zustand, wie er in der Entscheidung der Reparationskommission klar zu Tage tritt, volkswirtschaftlich und staatsrechtlich für die Dauer als erträglich betrachten würde. Will man nicht den Weg gehen, der zu einer völligen Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit Deutschlands führt — und man kann ihn nicht gehen — dann muß das Schuldenverhältnis Deutschlands zu den Alliierten sobald wie möglich zu einem normalen gemacht werden, wie es in einem gesunden Gesellschaftsleben üblich ist, d. h. es muß ein Ende haben mit dem System der Zwangsbegehungen und der kaum noch verfallenden Schuldneuschuldung.

Die Zeit (D. Sp.) schreibt: Das neue Diktat bedeutet gegenüber dem Erfüllungswillen der deutschen Regierung eine neue Unmöglichkeit der Erfüllung. Die Folge dieser neuen Steuerbelastung muß ein Einlegen unserer Wirtschaft sein. Die Valuta muß weiter sinken und Arbeitslosigkeit, Teuerung, Wohnungslosigkeit, Streiks im Gefolge haben. Wir stehen vor der kritischsten Phase unserer Erfüllungspolitik. Es wird uns abermals Unmögliches zugemutet, und wir stehen vor der Frage, ob wir das Unmögliche wiederum zu erfüllen versuchen werden, obwohl wir wissen, daß der Ruin von innen heraus umso sicherer bevorsteht.

Die Deutsche Tageszeitung (Deutschnational-agrarisch) betont, die Forderung der Entente bedeute auch den restlosen Zusammenbruch der Erfüllungspolitik. Wir stehen vor der Frage, ob wir das Unmögliche wiederum zu erfüllen versuchen werden, obwohl wir wissen, daß der Ruin von innen heraus umso sicherer bevorsteht.

Der nächste Luftkrieg.

Das Streben der siegreichen Ententestaaten geht bekanntlich angeblich dahin, es nie wieder zum Krieg kommen zu lassen, und aus diesem idealen Grunde ist auch der Völkerbund ins Leben gerufen worden. Den Anfang hat man damit gemacht, daß man Deutschland in einen so vollkommenen Zustand der Wehrlosigkeit versetzt hat, daß es heute selbst nicht in der Lage wäre, sich mit Erfolg etwa gegen den Raubstaat Polen zu wehren. Indessen trauen die Ententestaaten selbst dem Frieden ganz und gar nicht und handeln nach wie vor nach dem alten Grundsatz: Wenn du den Frieden willst, so rüste dich für den Krieg. In Amerika ist die Fabrication der Giftgas auf eine ganz unvorstellbare Höhe gelangt, und in England sieht man sich genötigt, sich besonders liebevoll dem militärischen Luftschiffbau zuzuwenden. Wenn der englische Luftschiffbauminister bei der Einbringung seines Haushalts im Unterhause mit starker Betonung auf die Rolle hinwies, die die deutschen Flugzeuge bei ihrem letzten Angriff auf London gespielt haben, und dazu bemerkte, in Zukunft würden bei derartigen Angriffen vielleicht von zehnmal mehr Flugzeugen Bomben von zehnmal größerem Gewicht und mit wenigstens vier bis fünfmal größerer Sprengkraft abgeworfen werden, so geschah das nach dem alten Sprichwort, daß man auf den Schwanz und den Kopf meint. Natürlich dachte der englische Minister dabei keinen Augenblick etwa an die deutsche Gefahr, sondern an den lieben französischen Freund

und Nachbar. Das beweist ganz deutlich der Hinweis auf die weit stärkeren Luftstreitkräfte, die Frankreich gegenüber England besitzt. Die ständig zunehmende französische Aufrüstung stellt aber nur einen Teil der umfassenden kontinentalen Gefahr dar, die Frankreichs gewaltige Landwehr überhaupt in sich birgt. Diesen Vorsprung gegenüber England will sich Frankreich um keinen Preis rauben lassen und hat es deshalb auch durchgesetzt, daß das Thema der Abrüstung auf der Konferenz in Genäva nicht zur Sprache kommen darf.

England und die deutschen Farbstoffe.

Die Tatsache, daß das englische Unterhaus die Aufhebung des Schutzes auf deutsche Farbstoffe abgelehnt hat, zeigt, wie tief England noch im Kriegsprotektionismus steckt. Um diese Ablehnung, die den großen, Weltzug führenden Stoffindustrien Englands einen ungeheuren Schaden zufügt, richtig zu verstehen, muß man sich daran erinnern, daß die englische Regierung während des Weltkrieges, als die Einfuhr deutscher Farbstoffe umhüllig war, gewaltige Summen in die englische Farbstoffindustrie hineingesteckt hat. Diese Industrie ist aber völlig lebensunfähig; sie kann die Konkurrenz mit deutschen Farbstoffen überhaupt nicht aufnehmen, da sie völlig ungenügendes Material produziert und dafür noch unglaubliche Preise verlangt. So sieht sich die englische Regierung in der Zwangslage, entweder durch Aufhebung des Schutzes ihr Geld zu verlieren, oder aber durch seine Verbeibaltung die englischen Farbstoff verarbeitenden Industrien schwer zu schädigen. Denn die bisherigen Abnehmer dieser Industrien kaufen nun ihre Ware im Auslande, und die Arbeiter mühen sich schon vor einem halben Jahr auf Kurzarbeit gesetzt werden. Das Einfuhrverbot hat also die englische Textilindustrie ruiniert und dabei nicht einmal die britische Farbstoffindustrie auf die Beine zu stellen vermocht. Das ist ein herzlich schlechtes Geschäft, das zum mindesten wieder einmal beweist, ein welch zweischneidiges Schwert der Protektionismus ist.

Deutscher Reichstag.

In allen Parteilagern fand man gestern begreiflicherweise unter dem niederdrückenden Eindruck der unglaublichen Entscheidung der Reparationskommission und bei dem engen Zusammenhang der äußeren Politik mit der innerdeutschen Lage erörterte man daher in der Wandelhalle mit lebhaft bewegten Worten die möglichen Folgen, die die ungeheuerlichen Forderungen, insbesondere der neuen 60 Milliarden Steuern, haben können. Im Saale verhandelte man währenddessen vor mächtig besetzten Bänken abschließend über die Vorlage über die Vereinigung von Vermont mit Preußen. Der Ausschuss beantragte unveränderte Annahme und so beschloß das Haus denn auch nach kurzer Aussprache gleich in dritter Lesung. Von den Steuern stand dann zuerst die Kapitalverlehrssteuer zur Erörterung. Sie ist seit bekanntlich in eine Gesellschaftsteuer, Wertpapiersteuer, Börsenumsatzsteuer und Aufsichtsratssteuer. Bei allen vier Untersteuern versuchten die Kommunisten, Verschärfungen in das Gesetz hineinzubringen. Bei der Aufsichtsratssteuer erklärte A. B. Koenen, daß der Reichstag in dieser Frage besonders sachverständig sei, weil er so viel Aufsichtsräte zu seinen Mitgliedern zähle. Sein Antrag, die vorgesehene 20 Prozent auf 50 Prozent der bezogenen Vergütung für Aufsichtsratsstätigkeit zu erhöhen, erhielt aber dennoch keine Mehrheit. Auch sonst hatte er, wie Dr. Herz von den Unabhängigen, mit Zusatzforderungen kein Glück. Der Entwurf wurde unverändert angenommen; seine einzelnen Bestimmungen werden die Interessenten später bei der Verwirklichung des Gesetzes im Reichsanzeiger nachlesen müssen, sie hier unständlich aufzuzählen, würde zu weit führen. Verhasteter noch als bisher gestaltete sich der Kampf bei der Umsatzsteuer, da hier zur Linkenopposition die Rechtsopposition sich gefellte und der Abg. Hammer (Deutschn.) eine ganze Reihe von Abänderungsforderungen geltend machte. Der Ausschuss schlägt vor, den Steuersatz von 2 1/2 Prozent der Regierungsvorlage auf 2 Prozent herabzumindern. Bekanntlich ist im Ausschuss gerade um

diese Steuer lebhaft gestritten worden, bevor es zum Abschluß des Kompromisses kam, und es zeigte sich gestern im Reichstage, daß die Meinungsverschiedenheiten noch längst nicht endgültig begraben waren. Es sprachen der Abg. Breitfeldt (Unabh.) und der Mehrheitssozialist Hartleb, der den Kommunisten mit Recht vorhielt, daß ihr Verede in der Vollziehung nichts weiter als Demonstration und Agitation sei, da im Ausschuss der Ort und die Zeit gewesen wären, sachlich gegen die Vorlage aufzutreten. In der siebenten Stunde war man noch immer mitten in der allgemeinen Aussprache zu Paragraph 1 begriffen.

Kleine politische Meldungen.

Deutsches Gold wird in London deponiert. Auf Grund der neuen Reichsbankgesetznovelle, die der Reichstag genehmigt hat, wird die Reichsbank im Auftrage der Reichsregierung Ende März 50 Millionen Mark in Gold an die Bank von England abführen, die dort vorläufig als Sicherheitssumme für die Entente deponiert werden. Die Bank von England hat, da es sich um keine Lombardierung handelt, für die Summe völlige Bewegungsfreiheit garantiert.

Der Aufstandsschaden in Oberschlesien. Nach den bisherigen Schätzungen beträgt der durch die drei polnischen Aufstände im oberschlesischen Gebiete angerichtete Schaden etwa drei Milliarden Mark, von denen etwa drei Viertel der Landwirtschaft zur Last fallen. Bei der Höhe dieser Summe ist es doppelt bedauerlich, wenn die Votschastertkonferenz den Schaden der Provinz aufbürden will, obwohl die Aufstände nur durch die Fahrlässigkeit, wenn nicht den bösen Willen des französischen Oberbefehlshabers der Besatzungsgruppen haben ausbrechen und den großen Umfang haben erreichen können.

Conderbare Fellege. Dem Petitionsausschuss des Reichstages lag in der Sitzung vom 22. März eine Eingabe des Bundes zur Wahrung der Menschenrechte vor, die das Halten öffentlicher politischer Reden verbietet und mit 10 Jahren Zuchthaus bestrafen will. Unter allgemeiner Heiterkeit wurde über sie zur Tagesordnung übergegangen.

Alters-Zwangspensionierung. Das Reichsgericht hat bekanntlich entschieden, daß das preussische Ueberalterungsgebot für richterliche und nichtrichterliche Beamte zu Recht besteht und in seinem Urteil sogar ausgesprochen, daß ein solches Gesetz auch für die Reichsgerichtsräte eingeführt werden dürfe, ohne die Verfassung zu verletzen. Von zwei sozialdemokratischen Abgeordneten ist eine kleine Anfrage an die Reichsregierung gerichtet worden, ob sie ein entsprechendes Gesetz auch für die Beamten des Reiches einbringen wolle.

Die Mietaussperrung in Bayern. Bis Mittwoch Irth waren in Bayern 215000 Metallarbeiter ausgesperrt. Die ausgesperrten Metallarbeiter haben die Gewerkschaften angezogen, um durch Solidaritätsbekundungen die Industriefabriken zum Nachgeben zu bestimmen. Infolgedessen besteht die Gefahr eines allgemeinen Industriearbeiterstreiks in Bayern.

Rein Nachfragen wegen Verletzung der Genfer Konvention. Das internationale Komitee des Roten Kreuzes hat seinen Verbänden mitgeteilt, daß es seinen vorjährigen Beschluß, die Beschuldigungen wegen Verletzung der Genfer Konvention durch einen neutralen Ausschuss nachzuprüfen, nicht ausführen könne, weil es nicht möglich sei, die in aller Welt verstreuten Zeugen zu vernehmen, die kriegsführenden Staaten auch keine Verfolgung eintreten lassen würden und die Untersuchung der Taten der Völker gegen einander neu entfachen würde. Es ist sehr bezeichnend, daß außer dem deutschen Roten Kreuz nur ein Rotes Kreuz der kriegsführenden Länder sich bemüht gesehen hat, eine Denkschrift einzureichen.

Zufammentritt der Orientkonferenz. Die Orientkonferenz ist am 22. März in Paris zusammengetreten, um die Differenzen der Alliierten in den Fragen des nahen Ostens zu bereinigen. Sie ist erforderlich geworden, weil durch den Vertrag von Sevres, der die Türkei aus Europa verdrängen wollte, die Begehrlichkeit der europäischen Oststaaten ins große gesteigen ist, der griechisch-türkische Konflikt immer weitere Ausdehnung gewinnt und die Beeinträchtigung der Stellung des Sultans die religiösen Leidenschaften der Moslems namentlich auch in Indien entfacht hat.

Beendigung des Aufstandes in Südafrika. Nach den Erklärungen des Generals Smuts ist der südafrikanische Aufstand, der zunächst einen rein industriellen Charakter gehabt, dann aber die Errichtung einer Sowjetrepublik zum Ziele gehabt habe, vollständig niedergeworfen. Eine Anregung aus der Mitte des Parlaments, die Unruhen durch den Völkerverbund untersuchen zu lassen, lehnte Smuts ab, da Südafrika seine Angelegenheiten selbst in die Reihe bringen könne.

Von Stadt und Land.

März 23. März 1922.

Scharfer Nachwinter. Seitdem der Frühling ins Land gezogen ist haben wir Winterwetter. Weiße Dächer grünen und des Morgens und kalter Wind legt durch die Gassen. Heute früh sieben Uhr verzeichnete das Thermometer im Innern der Stadt zwei Grad R. unter Null. Aus Ultenberg-Geising wird gemeldet, daß dort gestern etwa acht Grad R. hieß herrschten. Nach der amtlichen Wettervorhersage soll die Kälte in der nächsten Zeit anhalten.

Neue Bestimmungen für die Gewährung von Baukostenzuschüssen im Jahre 1922 sind vom Ministerium des Innern veröffentlicht worden. Die Zuschüsse werden in erster Linie Gemeinden, sodann gemeinnützigen Bauvereinigungen und ausnahmsweise Privatpersonen gewährt. Die Größe der Zuschüsse darf 70 Quadratmeter, ausnahmsweise für kinderreiche Familien 80 Quadratmeter, nicht überschreiten. Die Baukosten des Normenausschusses der deutschen Industrie sind anzuwenden. Die Kosten werden in solcher Höhe zugelassen, wenn die Kosten eine angemessene, in der Regel mit acht Prozent anzunehmende Verzinsung des eigenen Bauaufwandes ermöglicht wird.

Die Gebühren für Nebenunterricht oder Ueberstunden. Das sächsische Kultusministerium erläßt eine Verordnung über die Erhöhung der Vergütungssätze der einzelnen Gemeinden an Volks- und Fortbildungsschullehrern. Danach erhalten diese für Ueberstunden und Nebenunterricht mit Wirkung vom 1. Oktober vorigen Jahres ab für eine Wochenstunde jährlich 700 Mark bei Unterricht der Nabelarbeit und Hauswirtschaftslehre, 900 Mark bei Unterricht an den Volksschulen, 1040 Mark bei Unterricht in den Fortbildungs- und Hilfsschulen durch andere Lehrkräfte. Die Stundenvergütung der im Nebenberuf beschäftigten Lehrkräfte an diesen Schulen wird ebenfalls erhöht und zwar auf 18, 22, 26 und 28 Mark. Für die höheren Schulen sind folgende Sätze ab 1. Oktober 1921 festgesetzt: 1200 Mark jährlich für eine Wochenstunde wissenschaftlichen Unterrichts, 1040 Mark für eine Wochenstunde anderen Unterrichts an diesen Lehranstalten. Die Einzelsätze betragen 80 Mark für eine wissenschaftliche Unterrichtsstunde und 28 Mark für jede andere Unterrichtsstunde. Den Gemeinden wird empfohlen, in gleicher Weise zu verfahren.

Hauptversammlung des Verschönerungsvereins. Der Verschönerungsverein hier hielt Freitag, den 24. März, abends einhalb 8 Uhr im Kaffee Temper seine diesjährige Hauptversammlung ab. Da die Tagesordnung sehr wichtige Punkte enthält, wird auf zahlreiche Ereignisse der Mitglieder gerechnet.

Strafbarkeit bei Ueberziehung des Achtundbittentages. Verschiedene Fachzeitschriften haben neuerdings die Mitteilung gebracht, daß sich nach einem Urteil des Reichsgerichts Arbeitgeber, die ihre Arbeiter mit deren Zustimmung länger als acht Stunden beschäftigen, nicht strafbar machen. Diesen Veröffentlichungen liegt, wie nach einer Mitteilung des sächsischen Arbeitsministers durch Rückfrage beim Reichsgericht festgestellt wurde, ein auch schon früher bisweilen unrichtig wiedergegebenes Urteil des Reichsgerichts vom 8. Juli 1920 zugrunde, das jedoch lediglich zum Ausdruck bringt, daß sich bei Ueberziehung der zulässigen Arbeitszeit nicht der Arbeitnehmer, sondern nur der Arbeitgeber strafbar macht.

Güterverkehr. Von der Güterbodenverwaltung Kue wird mitgeteilt: Um einer Anstauung auf dem hiesigen Güterboden vorzubeugen empfiehlt es sich, daß die Empfänger ihre Güter möglichst sofort in Empfang nehmen und abfahren, damit nicht eine allgemeine Güterperre eintreten muß.

Theater, Konzerte, Veranstaltungen, Kunst.

Künstlerabend in Katho Kaffeehaus. Einer der bekanntesten deutschen Filmschauspieler gab gestern in Katho Kaffeehaus ein hochinteressantes Schauspiel: Eubolig Trautmann. Es war wahrlich ein Vergnügen, den genialen Künstler, den uns bisher nur immer die Leinwand wiedergab, in der Wirklichkeit zu bewundern. Die ganze Ausdruckswelt und dazu das Mienenpiel bei seinen Vorträgen, das ist echte Kunst und so dürfte es nicht verwundern, daß ein hiesiges Schauspiel für ihn zu einem Riesenerfolge ward. Melodramatisch, ausdrucksvoll bewegt, mit Daranfassen seines ganzen Innern, wurde Trautmann gestern ein vorzügliches Interpret A. de Noira's, Danno Gürtler's, Rudolf Presber's, Jöben's usw., nicht allein aber von Dichtern, sondern auch von Komponisten, denn einzelne seiner Gaben waren in einem hohen Maße auf die begleitende Musik eingestellt (wie z. B. das Stornette von Chopin), so daß das Wort dabei erst in zweiter Linie zur Geltung kam. Auch mit einigen heiteren Sachen erfreute der Künstler seine aufricht jubelnden Zuhörer. Interessant waren ferner die Darlegungen über den Film, mit denen Trautmann den Abend einleitete; sie waren eine einbringliche Warnung vor dem Filmschmelz, vor dem falschen Glauben, daß man beim Film sein Glück machen könne und müsse in unserer knofoanblischen Zeit. Wenn auch beim Film ist nicht alles Gold, was glänzt — Außer Ludwig Trautmann hat noch 'blühende sechsährige Tänzerin Käte Lo auf, die wir schon kennen lernten, als ihre Lehrerin und Meisterin, Dorothea Bödler vom Chemnitzer Stadttheater, kürzlich einen Tanzabend in unserer Stadt veran-

Im Zuge der Not.

Roman von C. Dressel.

(67. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Wieder lief Frau Juma auf flüchtigen Sohlen durch die Stadt. Jetzt wurden aber ihre unklaren aufgebauten Gerüchte durch die Stimme der Presse nach Abzug aller Uebertreibungen als Tatsachen begründet. In den Stetiner Zeitungen war folgendes zu lesen:

„Der vor einigen Tagen wegen vorgerückter Veruntreuung bedeutender Summen in Untersuchungshaft genommene Kontorist der Firma Brügg. Volkrad Kläven, wurde glänzend gerechtfertigt entlassen, indem die plötzliche Flucht des Denunzianten Reichmann, gleichfalls Kontorist dortselbst, nun diesen des Diebstahls dringend verdächtigte. Und jetzt war es keine Fehlvermutung. Es stellte sich heraus, daß Reichmann seit längerem insgeheim auf eigene Hand spekulierte, abwechselnd mit Verlust und Gewinn, und sich in ersterem Falle durch erschickene Vorträge in seiner Vertrauensstellung bei dem freundschaftlichen Chef schadlos zu halten wußte, wie auch sonst in unredlicher Weise für seine Vermögensvermehrung sorgte. Das jähe Ableben des Chefs schien ihm der geeignete Moment für den Hauptcoup. In seiner Deckung, vielleicht auch aus persönlicher Ränke gegen Kläven setzte der Klaus Vogel das Gerücht auf falsche Fährten, während er selber Zeit gewann, nicht allein frühere Kläverei in Mäherheit zu bringen, sondern auch

mit neuer Deute zu entkommen. Da er erheblichen Vorsprung hat, ist seine Ergreifung wohl zweifelhaft; aber die Wahrheit, daß unrecht Gut nimmer gedehnt, wird den Spitzhüben sicher heimsuchen, er sel, wo er sei.

Herr Kläven, dem der verstorbene Kommerzienrat Brügg als einem seiner schneidigsten und vertrauenswürdigsten Mitarbeiter die Hauptleitung der Firma bis zur Großjährigkeit seines jungen Sohnes übertragen, wird hoffentlich dies unangenehme Intermezzo bei seinem Regierungsantritt verschmerzen und sich in einem ersprießlichen Wirkungskreis als herzlich willkommenen Mitbürger unserer Stadt dennoch gern bei uns einleben. Die Kaufmannschaft plant eine besondere Ehrung für ihn, und wir gestatten uns, zugleich im Namen aller gerechten und wohlgesinnten Mitbürger, neben unserem Bedauern für den heikeln Mißgriff der Behörden unseren aufrichtigen Glückwunsch zu seiner Rehabilitation auszusprechen.

Dieser Artikel las Fritz Overlach den Seinen beim Nachmittagskaffee vor. Da man in den Herbstferien war, wo keine Schularbeiten drängten, hatten sie Zeit, sich gründlich darüber auszusprechen, und wen in der Stadt ging denn die Sache näher an als sie!

Wenn die Diskussion sich auch vornehmlich zwischen der Doktorin und dem Primaner abspann, so hochten doch die Jüngeren gespannt zu. Ihnen allen gemeinsam aber war eine aufatmende Freude und Genugtuung über die Rechtfertigung des beliebten Mitbewohners.

„Warum ist denn mein Herr Kläven noch nicht hier?“ sagte Susse jetzt. „Daß sie nicht zur Ruhe ge-

wiesen wurde, die Großen vielmehr bestürzte Gesichten dazu machten, bewies ihr, daß sie diesmal gar nicht so dumm gefragt.

„Ja, wo blieb er denn? Was die Zeitung berichtete, mußte doch schon Stunden vorher Tatsache gewesen sein.“

„Na, das geht uns weiter nichts an,“ meinte Mutter schließend. „Er wird schon kommen, wenn auch vielleicht nur, um seine Sachen zu packen. Als Verwalter dieses Riesengeschäftes wird er natürlich eine größere Wohnung nehmen. Das macht uns jetzt auch nicht so viel aus. Wir brauchen die Zimmer nun für Annelise, die ja nächstens für immer nach Haus kommt.“

Mutter sprach das mit ungewöhnlichem Stolz. Warum auch nicht? Annelise brauchte nicht wieder fortzugehen, sie konnte sich in Ruhe nach einigen Privatstunden umsehen und Ueberanstrengung blieb ausgeschlossen, denn Annelise war ja Kapitalistin geworden. Der Kommerzienrat hatte sie in seinem Testament mit einer hübschen Summe bedacht. „Zur Aussteuer für die gewissenhafte Lehrerin meines Sohnes, Fräulein Annelise Overlach.“ Hieß es in der großmächtigen Verfügung, die ihr nun einige Auspönnung erlaubte, ihrer Familie aber die gedehnte Weiterforderung ermöglichte.

„Mutti, darf ich wieder nen Kranz über seine Tür hängen?“ bettelte Susse darauf.

„Bewahre, Kind, der ist jetzt nicht angebracht. Wir müssen Herrn Kläven nicht merken lassen, daß uns seine Abwesenheit Sorge machte und wir seine Wiederkehr als etwas Ungewöhnliches empfinden.“

hätten...
am 20...
tungsab...
Karl...
selbst...
langlich...
tenden...
auch ih...
gelungen...
nen, de...
sich un...
Beifall...
Schi...
nerin...
der...
Portan...
Anbrad...
schlehen...
sich ab...
auch Mi...
tehen...
der...
Der...
bestimm...
und...
trif...
200...
Tempo...
diesem...
wollte...
Per...
in einem...
fähiger...
er best...
dem...
Dort...
ist...
schönen...
Käthe...
Käthe...
Ursache...
gestellte...
traf, wa...
in helle...
auf das...
brannte...
treibe...
Haupt...
teilig...
Die...
Ställe...
Stelle...
und...
Nacht...
ten...
ihren...
Kirch...
gefunden...
treter...
Falle...
Schul...
waltungs...
Reinhold...
Lehrer...
arbeiter...
Fabrikar...
Der...
hat...
durch...
die...
Neben...
Oberle...
nig...
„Ta...
wissen...
„Wa...
„Na...
ist...
„Da...
Annelise...
„Da...
„Kin...
Wetrag...
geh'...
bischen...
rade...
auch...
„U...
„U...
Overlach...
ihre...
Annelise...
hau...
Eigent...
„E...
te...
Wän...
überge...
ei...
oder...
Abwesen...
un...
ich...
Eber...
habe...
ein...
Inver...

Waltete. Erst ihrer Jugend hat es sich so schon zu bemerkenswerten Leistungen als Tänzerin gebracht, so vor allem ist ihr Spiel...

Turnen, Sport und Spiel.

Turnerischer Unterhaltungsabend. Die Turnerinnenabteilung des Allgemeinen Turnvereins hielt am 20. März im Saale des Bürgergartens einen Unterhaltungsabend unter der Gesamtleitung des Fraueturnwartes Karl Schiller ab.

Schlag, 28. März.

Töblich verunglückt. Ein Radfahrer, der in hartem Tempo hinter einem geschlossenen Lastkraftwagen fuhr und wollte bei einer Straßenecke nach links abweichend umfahren...

Hartenstein, 28. März.

17. Großfeuer im staatlichen Härtenstein in Nieder-Ischoden. Gestern abend kurz nach 10 Uhr ereignete in unserer Stadt Feueralarm. Bald stellte sich heraus, daß im staatlichen Härtenstein in Nieder-Ischoden (aus bis jetzt noch unbekannter Ursache) ein Brand ausgebrochen war.

Wesau, 28. März.

Kirchenvertriebswahl. Bei der am letzten Sonntag stattgefundenen Kirchenvertriebswahl wurden die bisherigen Vertreter Fabrikdirektor Dr. D. Pflü, Fabrikarbeiter Ernst Scheller, Schulleiter D. Fidler, Korbmacher Gustav Herrmann, Verwaltungsassistent Max Herrmann, Schneidermeister Gustav Reinhold, Korbmacher Paul Häbner und Fleischbeschauer E. Leichsenring wiedergewählt.

Wiesbaden, 28. März.

Der Viehdieb in Wiesbaden, genannt nach dem Viehstall, hat es bereits auf über 2000 Mitglieder gebracht und das alles durch die außerordentlich regle und geschickte und dabei so liebenswürdige Werbung des unermüdbaren Diemitterleins (Oberlehrer F. Inders).

„Dart ich denn zu Annelise? Sie muß es doch auch wissen.“

„Was denn?“

„Na, daß mein Herr Klüben doch kein böser Mann ist.“

„Dante hätte den Mund, du Raseweis. Das geht Annelise schon gar nichts an.“

„Dart ich mich nicht mal freuen?“

„Kind, du kannst einen rein umbringen mit deinem Geizhals. Ja, freu dich, soviel du willst. Weinstwegen geh' auch mit Fint zu Annelise. Ihr könnt ihr ein bißchen Gesellschaft leisten, braucht euch aber nicht gerade über Herrn Klüben zu unterhalten. Paul mag sich spöter abholen.“

Als die kleinen Mädchen gegangen waren und Frau Overach einsam über einer Näharbeit lag, spannte sie ihre Gedanken weiter: „Es ist mir nicht gerade lieb, daß Annelise noch in der großen still gewordenen Villa wohnt, wo alles schon auf halbem Abbruch steht und die Eigentümer Gott weiß wo sind.“

Wie will aber ausfallen, bis der letzte Raub aus den Wänden und das Haus anderweitiger Bestimmung übergeben ist. Sie sagt, ob nun die ganze schöne Pracht, die Wohnung auf den armen kleinen Harald übergeben oder veräußert werden soll, ist ihm unpassend, daß in Abwesenheit des Harolds nichts verschleudert oder verworfen werde. So lange der Haushalt noch nicht gänzlich aufgelöst ist und Dienstboten vorhanden sind, muß Lberausicht da sein. Der unterste ich mich gern und habe auch die Sachkenntnis hierzu. So nehme ich jetzt ein Inventar auf von allen vorhandenen. (Fortf.)

ehr trefflich bewährt. Und das kommt alles dem Fragensgute: aus weiter Ferne kommen die Gaden und die Gade. Ebenstod und seine ganze Umgebung sind durch den Viehdieb zu einem vielbesuchten Sommeraufenthaltsort geworden.

Zwickau, 22. März. Der Kohlenabbau unter der inneren Stadt von Zwickau hat begonnen. Die um dessen Ueberwachung erluchte Berginspektion Zwickau hat festgestellt, daß dieser Abbau bis jetzt einwandfrei erfolgt.

Wanzschau, 22. März. Wanzschau. Von Frauen, die mit Umgraben im Walde hinter dem Kohlenberge am Wummelshainerweg beschäftigt waren, wurden eine größere Anzahl alter Silbermünzen gefunden, auf denen teilweise die Jahreszahlen 1593 und 1625 zu erkennen waren. Man nimmt an, daß dieselben im dreißigjährigen Krieg das Geld dort vergraben worden ist. Die Münzen dürften einen ungemein hohen Sammlerwert haben.

Leipzig, 22. März. Die erste unbekanntete Stadträtin steht jetzt in das Leipziger Ratkollegium ein. Bisher waren es nur S. adverb. die für den Stadtratsposten gewählt wurden. Nunmehr hatte die Wirtschaftspolitische Fraktion, in der alle bürgerlichen Parteien vertreten sind, die Reichsgerichtsratswitwe Anna Adersmann mit bei der Wahl der unbekannteten Stadträtin präsentiert, sie wurde auch gewählt.

Dresden, 23. März. Verhaftung einer Vergeltin. Viel Aufsehen erregt in Dresden die Verhaftung einer Vergeltin, angeblich wegen Verbrechen wider das keimende Leben. Seit einigen Tagen finden durch die Kriminalpolizei und die Staatsanwaltschaft umfangreiche Ermittlungen und Vernehmungen in dieser Angelegenheit statt. Die Vergeltin wurde in Untersuchungshaft genommen. Alle übrigen Beteiligten wurden auf freiem Fuß belassen.

Das Reichsmietengesetz.

II.

Bei gewerblichen Räumen kann nach den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes eine weitere Erhöhung der Miete eintreten. Zunächst können die allgemeinen Zulage für gewerbliche Räume höher festgesetzt werden als für Wohnräume. Erfordert ein gewerblich benutzter Raum besonders hohe Betriebs- und Instandhaltungskosten, so kann das Mietentgelt um einen weiteren Zuschlag zulassen. Schließlich kann darüber hinaus ganz allgemein für gewerbliche Räume noch ein besonderer Zuschlag zur Grundmiete festgesetzt werden, auch wenn dieser zur Dedung von Betriebs- und Instandhaltungskosten nicht mehr erforderlich ist.

Die Miete für den Mieter, muß der Vermieter in einem angemessenen Verhältnis zu dem auf den Raum entfallenden Teil der Hauptmiete stehen. Auch hier soll die oberste Landesbehörde nähere Bestimmungen erlassen. Für Neubauten oder durch Um- oder Einbauten neu geschaffene Räume, sowie für die Räume gemeinschaftlicher Bauvereinigungen und Räume in öffentlichen Gebäuden gilt das Gesetz nicht. Mit Rücksicht auf die in einzelnen Ländern bestehenden verschiedenen Verhältnisse ist den obersten Landesbehörden das Recht eingeräumt, die Vorschriften des Gesetzes in weitem Umfange zu ändern und den Verhältnissen des Landes anzupassen. Das Gesetz tritt, wie bereits erwähnt, spätestens am 1. Juli d. J. in Kraft; die oberste Landesbehörde kann es früher in Kraft setzen. Es soll am 1. Juli 1928 außer Kraft treten. Gegenüber dem bisherigen Rechtszustand bringt das Gesetz wesentliche Änderungen sowohl für den Vermieter wie für den Mieter. Für den Vermieter ist das Recht, die Miete auch bei laufenden Mietverträgen zu erhöhen, besonders wichtig; er hat ferner die Sicherheit, daß er die zur Dedung der Betriebs- und Instandhaltungskosten erforderlichen Mittel erhält, und daß die Miete sich automatisch der Steigerung dieser Kosten anpaßt. Um welchen Betrag nun auf Grund dieses Gesetzes die Mieten erhöht werden, läßt sich allgemein nicht sagen. Das hängt wesentlich von der Höhe der in der einzelnen Gemeinde zu zahlenden Abgaben, Steuern usw. ab und wird daher in den einzelnen Gebieten und Gemeinden Deutschlands durchaus verschieden sein. Zu beachten ist, daß die Mieter neben der Miete noch eine besondere Wohnungsabgabe in Höhe von 20 v. H. der Friedensmiete zu zahlen haben (Gesetz über die Wohnungsabgabe). Die auf diese Weise gewonnenen Mittel dienen lediglich zur Förderung der Neubautätigkeit. Wenn danach auch weitere, in einer Zeit allgemeiner Preissteigerung doppelt empfindliche Belastungen der Mieterschaft eintreten werden, so werden diese doch nur insoweit zugelassen, als sie wirtschaftlich gerechtfertigt sind. Die Mieter erhalten andererseits durch eingehende Kontrollvorschriften die Sicherheit, daß die von ihnen aufgegebenen Mittel auch tatsächlich für das Haus Verwendung finden, daß vor allem das Haus in der erforderlichen Weise instandgehalten wird.

Vermischtes.

Die Rot der deutschen Presse. Der Gesamtvorstand des Verbandes der eheinisch-westfälischen Presse hat sich in Dortmund mit der Rot der Zeitungen beschäftigt. Er ist der Überzeugung, daß die Krise in der letzten Zeit Formen angenommen hat, die das Zeitungswesen mit dem Ruin bedrohen. In einer Entschließung heißt es u. a.: Es steht zu befürchten, daß unläutere Elemente die Rotlage benutzen, um sich Eingang in die Zeitungen zu verschaffen und unseren ungeliebten Diensten am Gemeinwohl zu ihren Zwecken mißzubrauchen.

Ein Staat mit die Belohnungen in Sachen ... zuzugewandt. Bekanntlich fand am 10. März vorigen Jahres in Berlin eine Zusammenkunft mehrerer extremer Kommunisten unter Vorsitz von Max Högl statt, in der beschlossen wurde, eine Reihe von öffentlichen Gebäuden in die Luft zu sprengen. Diese Attentate sollten das Signal zu einem allgemeinen Aufstand bilden. Ein gewisser Seibel, der, mit Sprengladungen versehen, nach Auerbach reiste, wurde dort kurz vor Verübung eines geplanten Attentates festgenommen. Hierfür erhielt der Polizeibeamte eine Belohnung von 10 000 Mark, ebenso erhielt der Beamte, der Högl verhaftet hatte, eine Belohnung von 15 000 Mark. In Auerbach gelang es fünf dortigen Beamten, einen gewissen Karl Schulz aus Charlottenburg zusammen mit vier anderen Kommunisten unter Lebensverhaftung festzunehmen, da alle fünf Verbrecher schwer bewaffnet waren. Schulz hatte ein Geständnis ab, daß das Landgericht Dresden in die Luft gesprengt werden sollte. Nach seinen Angaben wurden auch die übrigen Dynamitattentäter ermittelt und abgeurteilt. Die Auerbacher Polizeibeamten beanspruchten nun den größten Teil der ausgesetzten Belohnung von 50 000 Mark und haben diesbezüglich durch Rechtsanwalt Bahn verschiedene Anträge an das sächsische Justizministerium gerichtet das aber nur 10 000 Mark bewilligt hat. Unter diesen Umständen wird es zu einem sehr interessanten Justizprozeß kommen, da die Beamten den Klageverlauf beschreiten wollen.

Weitere Ausdehnung des Fernsprechnetzes. In dem Versuch mit dem zunächst zwischen Berlin und Hamburg eingerichteten Fernsprechnetz nehmen jetzt auch Bremen, Breslau, Dortmund, Frankfurt am Main, Hannover und Leipzig teil, so daß jetzt zwischen allen diesen Orten — einschließlich der Ostsee — Fernsprechnetze angelegt sind. Die mit dem Fernsprechnetz bisher gemachten Erfahrungen können als recht gut bezeichnet werden, die Gesamtbeförderung dieser Fernsprechnetze von der Aufstellung bis zum erfolgten Zusprechen hat im allgemeinen nur 15 Minuten betragen.

Retze Auskünfte für den Sommer. In einer Verammlung des Hatzburger Hotel- und Pensionatsbesitzers wurden folgende Richtlinien für die Pensionatspreise festgesetzt: Für die erste Gruppe werden Preise von 200 bis 250 M. (je Tag für Wohnung mit voller Pension) für angemessen gehalten. Für die zweite Gruppe 175 bis 200 M., für die dritte 150 bis 175 M., für die vierte 125 bis 150 M., für die fünfte 100 bis 125 M. Es wurde betont, daß es heute unter keinen Umständen möglich wäre, selbst bei den bescheidensten Ansprüchen unter 75 M. Pension und Wohnung zu bieten, es müßte also diese unterste Preisgrenze unbedingt innegehalten werden. Die Verammlung erklärte sich einstimmig gegen jeden Ruhschlag, da bei dem Ausbleiben der deutschen Kurgäste die Fremdenindustrie mehr denn je darauf angewiesen sei, den Ausländern entgegenzukommen. (Nach ein Standpunkt — D. Red.)

Die Polarisierung durch russische Einwanderer. Der preussische Minister für Volkswohlfahrt weist in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten darauf hin, daß dem J. m. b. H. Stande bei aus Rußland zugezogenen Kinder besondere Aufmerksamkeit zugewandt werden müsse und erforderlichenfalls eine unterirdische Impfung nachzuholen sei. Auch bei Erwachsenen sei eine Feststellung des Impfstandes von Bedeutung.

Letzte Drahtnachrichten.

Die Konferenz von Genoa. London, 23. März. Ein Abgeordneter fragte im Unterhaus, ob das britische Kabinett mit Rücksicht auf das Fernbleiben der Vereinigten Staaten von der Konferenz den Beschlüssen, sich auf der Konferenz durch den Premierminister persönlich vertreten zu lassen, unabhängig machen werde. Chamberlain verneinte diese Frage, indem er bemerkte, in Genoa sei beschlossen worden, daß die Premierminister jeder Nation, wenn möglich in Person an der Konferenz teilnehmen sollen. Die britische Regierung ebenso wie Lloyd George beabsichtigen, entsprechend diesem Beschlusse zu handeln. Angesichts der Wichtigkeit der Genueser Konferenz und der Waise, die der Premierminister gespielt hat und angesichts des großen Einflusses, den er in Britannien ausübt, würde es ein Unglück sein und zwar nicht allein für England, wenn er sich nicht nach Genoa zu gehen.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kuehnel. Druck und Verlag: Wuerstl-Verlag, Wien.

Advertisement for 'Drais' pudding. It features a large illustration of a pudding and text describing its quality and uses. The text includes: 'Das ist Drais', 'Drais ist ein sehr feiner Speiseeis-Puder, der in deiner Küche fehlen darf, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken.', 'Mit Drais bereitet man Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Pflummeris, ideale Kinderspeisen, Krankenspeisen aller Art.', 'Ein Versuch wird jede Hausfrau betrieblen.', 'Recepte unentgeltlich in den meisten Geschäften. Wenn nicht zu haben, schreibe man eine Postkarte an Dr. A. Oetker, Mielefeld.'

